

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0262/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 03.08.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Beltz

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	08.08.2011	Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	22.08.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	01.09.2011	Entscheidung

Betreff:

Städtepartnerschaft zur "Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen"
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.07.2011 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen erfüllt die am 17.10.1985 durch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossene, von Hiroshima und Nagasaki initiierte Städtepartnerschaft zur ‚Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen‘, mit Leben. Das heißt u. a.:

- Anbringung des Namens an den Eingangsschildern der Stadt, auf denen auch die anderen Partnerschaften erwähnt sind,
- Benennung eines Platzes/einer Straße nach Hiroshima, z. B. den Katharinenplatz, der in der Friedensbewegung in Gießen schon lange Hiroshima-Platz heißt.
- Durchführung kommunaler Friedensveranstaltungen und –feste, die Herausgabe von Büchern und Broschüren, Bilder und Fotoausstellungen über die atomaren Verbrechen.“

Begründung:

Die Katastrophe von Fukushima verweist uns 25 Jahre nach Tschernobyl erneut auf die unbeherrschbaren Gefahren der Atomkraft hin. Wie viel größer die Gefahr im Falle des

Abwurfes von Atombomben ist, haben die Bombenabwürfe auf die beiden japanischen Städte gezeigt. Hunderttausende Menschen gingen elend zugrunde.

In der Erkenntnis der atomaren Kriegsgefahren hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen am 17.10.1985 Gießen zur atomwaffenfreien Zone erklärt. Am 19.10.1985 war im Gießener Anzeiger zu lesen: „...beschlossen die Abgeordneten sämtlicher Fraktionen einstimmig, dass Gießen dem von zwei japanischen Städten initiierten „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beitreten soll.“

Bei der Ausarbeitung der konkreten Schritte müssen neben Vertretern der Stadt und der Stadtparlamentsfraktionen auch die „Gießener Friedensinitiative“, die Gewerkschaften, die „Ärzte gegen den Atomtod“, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und interessierte Bürger und Bürgerinnen beteiligt werden.

Michael Beltz